



Prof. Dr. Dorothea Schäfer, Forschungsdirektorin Finanzmärkte am DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin wieder.

Europa braucht die Finanztransaktionssteuer

Seit 2011 ringen die EU-Staaten nun um die Finanztransaktionssteuer. Viele EU-Mitglieder haben unter dem Druck ihrer jeweiligen Finanzlobby bereits das Handtuch geworfen. Zurzeit verhandeln noch zehn Staaten über eine gemeinsame Einführung im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit. Noch im Oktober 2016 soll die finale Entscheidung fallen. Großbritannien hat bis zum Brexit damit gedroht, eine Einigung der Zehn im Europäischen Rat zu Fall zu bringen. Das ist jetzt vom Tisch.

Wenn eine neue Steuer eingeführt wird, besteht die Herausforderung für die Politik darin, dies auf möglichst effiziente und soziale Weise zu tun. Zu den Binsenweisheiten der Ökonomie gehört es, dass jede Steuer „verzerrt“, denn sie beeinflusst die Entscheidungen von Firmen und Haushalten. Steuern bilden allerdings auch das Fundament jeden Gemeinwesens; auch das ist eine Binsenweisheit.

Gute Steuern zeichnen sich dadurch aus, dass negative Anreize minimiert und durch positive wirtschaftliche, gesellschaftliche oder auch soziale Nebenwirkungen überkompensiert werden. Die Finanztransaktionssteuer ist eine sogenannte Pigou-Steuer. Sie verspricht neben hohen Einnahmen eine positive Lenkungswirkung. Handelsexzesse im Finanzsektor werden gedämpft und Langfristorientierung gefördert. So mindert die Finanztransaktionssteuer den Profit und damit die Attraktivität von spekulativen Leerverkäufen, wie sie beispielsweise bei den Aktien der Deutschen Bank derzeit beobachtet werden. Jener hochfrequente Maschinenhandel, der sich nur rentiert, weil exzessiv hohe Handelsvolumina in unendlicher Geschwindigkeit bewegt werden können, würde verschwinden. Hochfrequenzhandel steht auch im Verdacht, unerklärliche Börsenabstürze, sogenannte Flash-Crashes, verursacht zu haben.

Die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer werden mehr denn je gebraucht. Viele EU-Staaten brauchen dringend mehr staatliche Investitionen in Bildung, grüne

Technologie und Infrastruktur, um Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit besser bekämpfen zu können. Die Kosten der Finanzkrise haben die fiskalischen Spielräume in vielen Staaten dramatisch verengt. Die Ausgaben für die Rettung der Banken sind nach der Lehman-Brothers-Insolvenz sprunghaft in die Höhe und die Steuereinnahmen stark zurückgegangen. Heute, rund acht Jahre später, klaffen weiterhin große Lücken zwischen Ausgaben und Einnahmen und die Schuldenstände steigen weiter an.

Hohe Schuldenstände sind ein Damoklesschwert: Die betroffenen Staaten sind einem andauernden Risiko von spekulativen, zinstreibenden Attacken auf ihre Staatsanleihen ausgesetzt. Die klaffenden Lücken zwischen staatlichen Ausgaben und Einnahmen gefährden so Solvenz und Stabilität von EU und Eurozone. Die hohen Schuldenstände sind auch eine Falle. Eine Anhebung der Niedrigstzinsen würde so manchen Staat wohl überfordern und das Risiko von Spekulationsattacken noch erhöhen.

Ausgabenkürzungen sind allerdings keine gute Idee. Sie treffen besonders die sozial Schwachen. Die steigende Ungleichheit in vielen EU-Ländern ist ohnehin längst zu einem Problem geworden, das die Legitimität des europäischen Projekts bedroht. Ausreichende und nachhaltige Sozialausgaben sind wichtig, um die Ungleichheit zu bekämpfen. Es braucht höhere Einnahmen, um aus diesem Dilemma herauszukommen, und dazu kann eine Finanztransaktionssteuer beitragen.

Finanzhandel wird mit Wertpapieren und Derivaten betrieben, und deren Besitz ist nun mal in den oberen Einkommens- und Vermögensklassen sehr viel mehr verbreitet als in den unteren Klassen. Die Finanztransaktionssteuer belastet Kapital und nicht den Faktor Arbeit, die Reichen mehr als die Mittelschicht und die Armen. Mehr Verteilungsgerechtigkeit, auch dafür ist die Finanztransaktionssteuer die richtige Steuer.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
83. Jahrgang

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Gritje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Prof. Dr. Christian Dreger
Sebastian Kollmann
Dr. Peter Krause
Ilka Müller
Mathilde Richter
Miranda Siegel
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

Dr. Friedrich Kunz
Dr. Aleksandar Zaklan

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.